



Liebe Berlinerinnen und Berliner,

das Jahr hat leider mit einem links-extremistischen Terroranschlag im Südwesten unserer Stadt begonnen. Jederzeit könnten diese Terroristen überall in Berlin zuschlagen. Senat und Abgeordnetenhaus arbeiten mit Hochdruck daran, noch besser vorbereitet zu sein. Wir fragen uns sicherlich alle, wie diese Kriminellen solchen Schaden anrichten können. Warum sind wir nicht besser vorbereitet? Können wir das nicht verhindern? Ehrliche Antwort: Nein. Wir leben in einer freien Gesellschaft. Unsere Demokratie ist angreifbar. Die Bewältigung der Folgen des letzten Anschlags hat gut funktioniert. Herzlichen Dank an alle Helfer, die Hilfsorganisationen, die Feuerwehr, die Bundeswehr, das Technische Hilfswerk, die Polizei sowie alle, die sofort und mit größtem Engagement mitgeholfen haben.

Wir haben sofort nachdem die Krise für die Menschen vor Ort im Griff war eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich sehr kurz getaktet mit den Leitungsträgern, der Blaulichtfamilie, den Hilfsorganisationen sowie allen Strukturen, die zu beteiligen sind, getroffen. Noch vor der Sommerpause werden wir die notwendigen Maßnahmen zum besseren Schutz von uns allen umsetzen.

Ich bedauere, Sie mit diesem ernststen Thema zu Beginn belasten zu müssen – verschweigen hilft aber hier nur den Terroristen.

Herzlichst,

Dirk Stettner
Ihr Abgeordneter für
Weißensee, Blankenburg und
Stadttrandsiedlung Malchow



Foto: IMAGO/A. Friedrichs

Linksextremistischer Anschlag auf das Stromnetz – Berliner schützen

Berlin sichert Energie- und Wasserversorgung sowie Mobilfunknetze

Mit dem Anschlag auf das Berliner Stromnetz hat der Linksextremismus eine neue Eskalationsstufe erreicht. 45.000 Haushalte im Südwesten der Stadt waren plötzlich ohne Strom, Heizung, Wasser und Mobilfunk – mitten im Winter. Dieser Angriff richtete sich nicht gegen Sachen, sondern gegen das Leben und die Gesundheit von Menschen. Schon früh ordnete der Regierende Bürgermeister Kai Wegner die Tat als das ein, was sie ist: ein linksextremistischer Terroranschlag. Diese klare Benennung war wichtig und richtig. Während andere politische Kräfte zögerten, relativierten oder ausweichen wollten, setzte der Regierende

Gefährlicher
Links-
extremismus
versetzt



45.000



Haushalte
in Ausnahme-
situation

Bürgermeister auf Klarheit. Die Übernahme der Ermittlungen durch den Generalbundesanwalt bestätigte diese frühe Einschätzung.

Linksextremismus ist kein Randphänomen

Der Anschlag macht deutlich, dass Linksextremismus längst nicht nur Sachbeschädigung oder etwas Krawall bedeutet. Wer gezielt die Energieversorgung sabotiert, nimmt bewusst in Kauf, dass Menschen sterben können, weil z.B. medizinische Geräte ausfallen. Das ist Terror gegen die Zivilbevölkerung.

Deshalb ist es gefährlich, wenn Grüne oder Linke („Das

hat mit Links nichts zu tun.“) versuchen, solche Taten zu relativieren oder sprachlich zu vernebeln. Gewalt gegen kritische Infrastruktur ist kein Protest, sondern ein Angriff auf uns alle.

Strom kehrte zum Glück früher zurück

Nicht alles ist in dieser Ausnahme-situation reibungslos verlaufen. Dennoch wurde das Krisenmanagement zügig aufgenommen und umgesetzt, eine riesige Hilfsbereitschaft setzte ein. Einsatzkräfte, Energieversorger und Verwaltung arbeiteten eng zusammen,

[... weiter auf Seite 2 oben](#)

OLYMPIA

90 %

der Sportstätten sind schon vorhanden. Kampagne offiziell vorgestellt: „Berlin gewinnt (mit) Olympia“

Seite 7

INFO — GRAFIK

So wohnt Berlin
Zahlen und Fakten zum Berliner Mietmarkt

Seite 3

Neubau und Mieterschutz greifen: Berlin stärkt bezahlbares Wohnen

Berlin genehmigt erneut über 5000 Wohnungen und beschließt Wohnraumsicherungsgesetz

Berlin setzt seine Anstrengungen fort, bezahlbaren Wohnraum für breite Teile der Bevölkerung zu schaffen. Auch im Jahr 2025 wurde erneut ein wichtiges Ziel erreicht: Das Land hat 5175 neue Sozialwohnungen bewilligt und damit die Marke von 5000 Wohnungen pro Jahr zum zweiten Mal in Folge übertroffen. Etwa 80 % des geförderten Wohnraums wird von landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften errichtet, und auch Genossenschaften tragen mit mehreren Projekten signifikant zum sozialen Wohnungsbau bei.

Kein Wohnraum-Missbrauch mehr

Zusätzlich zu den Neubauzahlen hat der Senat von Kai Wegner im Januar

2026 ein umfassendes Wohnraumsicherungsgesetz mit flankierenden Maßnahmen beschlossen, das den Mieterschutz stärkt, Missbrauch von Wohnraum eindämmt und den bestehenden Bestand besser nutzbar macht. Dazu gehören unter anderem strengere Vorgaben für „Wohnen auf Zeit“, ein Ausbau der Mietpreisprüfstelle, personelle Verstärkung der Bezirksämter zur Bekämpfung überhöhter Mieten sowie Maßnahmen gegen Zweckentfremdung und Schrottimmobilien. Das Gesetzespaket soll sicherstellen, dass bezahlbarer Wohnraum nicht nur geschaffen, sondern auch langfristig erhalten wird. Die CDU-Fraktion Berlin begrüßt die positiven Entwicklungen in der Wohnungsbaupolitik ausdrücklich.



Der Mieterschutz in Berlin wurde gestärkt
Foto: IMAGO/Westend61

Jahre des Stillstands sind vorbei

Nach Jahren des Stillstands unter den vorherigen Senaten und mit Stadtentwicklungssenatoren der Linkspartei ist es ein echter Erfolg, dass das Ziel der Koalition, jährlich mindestens 5000 neue Sozialwohnungen zu ermöglichen, erneut übertroffen wurde. Die Fraktion hebt hervor, dass diese Fortschritte gerade in einer Stadt mit hohem Druck auf dem Wohnungsmarkt wichtig sind, um bezahlbare Wohnungen für Familien, Alleinerziehende, Seniorinnen und Senioren sowie Menschen mit geringem Einkommen zu sichern.

Mit Blick auf die Zukunft betonen die Unionspolitiker im Abgeordnetenhaus, dass Wohnungsbau und Mieter-

schutz Hand in Hand gehen müssen. Dafür haben die Koalitionsfraktionen unter Führung der CDU knapp eine Milliarde Euro jährlich an zusätzlichen Fördermitteln für den sozialen Wohnungsbau bereitgestellt.

Zusätzlich eine Milliarde Euro für sozialen Wohnungsbau

Gleichzeitig wurde das Baurecht verschlankt. Nur so könne Berlin dem Ziel näherkommen, den angespannten Wohnungsmarkt dauerhaft zu entlasten und das Wohnen für alle lebenswert zu gestalten. Verfassungswidriger Aktionismus wie ein Mietendeckel und Enteignungen würden diese Erfolge wieder zunichte machen.

... Fortsetzung von Seite 1

um die Schäden zu beheben. Dass Strom und Wärme früher zurückkehrten als zunächst befürchtet, zeigt, dass das Zusammenspiel der beteiligten Stellen am Ende gut funktioniert hat. Was nicht gut gelaufen ist, wird nun analysiert und aufgearbeitet, um für künftige Lagen besser vorbereitet zu sein.

Konsequenzen ziehen

Der Anschlag ist ein Anlass zum Umdenken. Kritische Infrastruktur muss besser geschützt werden, und links-extremistische Netzwerke müssen konsequent verfolgt und zerschlagen werden. Als Sofortmaßnahme wurden alle bekannten Schwachpunkte im Stromnetz mit Videoschutz ausgestattet. Mobilfunkbetreiber sollen sicherstellen, dass Ihre Netze auch bei einem Stromausfall weiter funktionieren. Das Ausrufen einer Großschadenslage muss dringend angepasst werden, um den Hilfeinsatz von Katastrophenschutzbehörden und den Hilfeinsatz der Bundeswehr frühestmöglich zu ermöglichen. Der Regierende Bürgermeister hat deutlich gemacht, dass Berlin hier nachschärfen wird. Die CDU-Fraktion arbeitet mit dem Koalitionspartner an weiteren Maßnahmen und Vorschlägen zum Schutz kritischer Infrastruktur. Ergebnisse und Konzepte sollen kurzfristig vorliegen. Denn Wegschauen oder Verharmlosen ist keine Option.

Berlin will die Einziehung von Tatfahrzeugen erleichtern

Der Berliner Senat hat einen Gesetzentwurf von Justizsenatorin Dr. Felor Badenberg (CDU) beschlossen, mit dem sich das Land über den Bundesrat für klarere Regeln zur Einziehung von Fahrzeugen einsetzen wird, die bei schweren Straftaten genutzt werden. Das ist beispielsweise der Transport von Betäubungsmitteln. Künftig soll es leichter möglich sein, solche Autos dauerhaft einzuziehen. Ziel ist es, kriminellen Strukturen die Nutzung von Fahrzeugen zu erschweren. Der Gesetzentwurf wird von der CDU-Fraktion Berlin unterstützt.



Tatfahrzeuge von Kriminellen sollen sicher-gestellt werden können Bild: 4o

Positive Entwicklung: Lehrkräfte-versorgung in Berlin auf gutem Weg

Die Bildungspolitik hat sich in Berlin spürbar verbessert. Eine Übersicht.

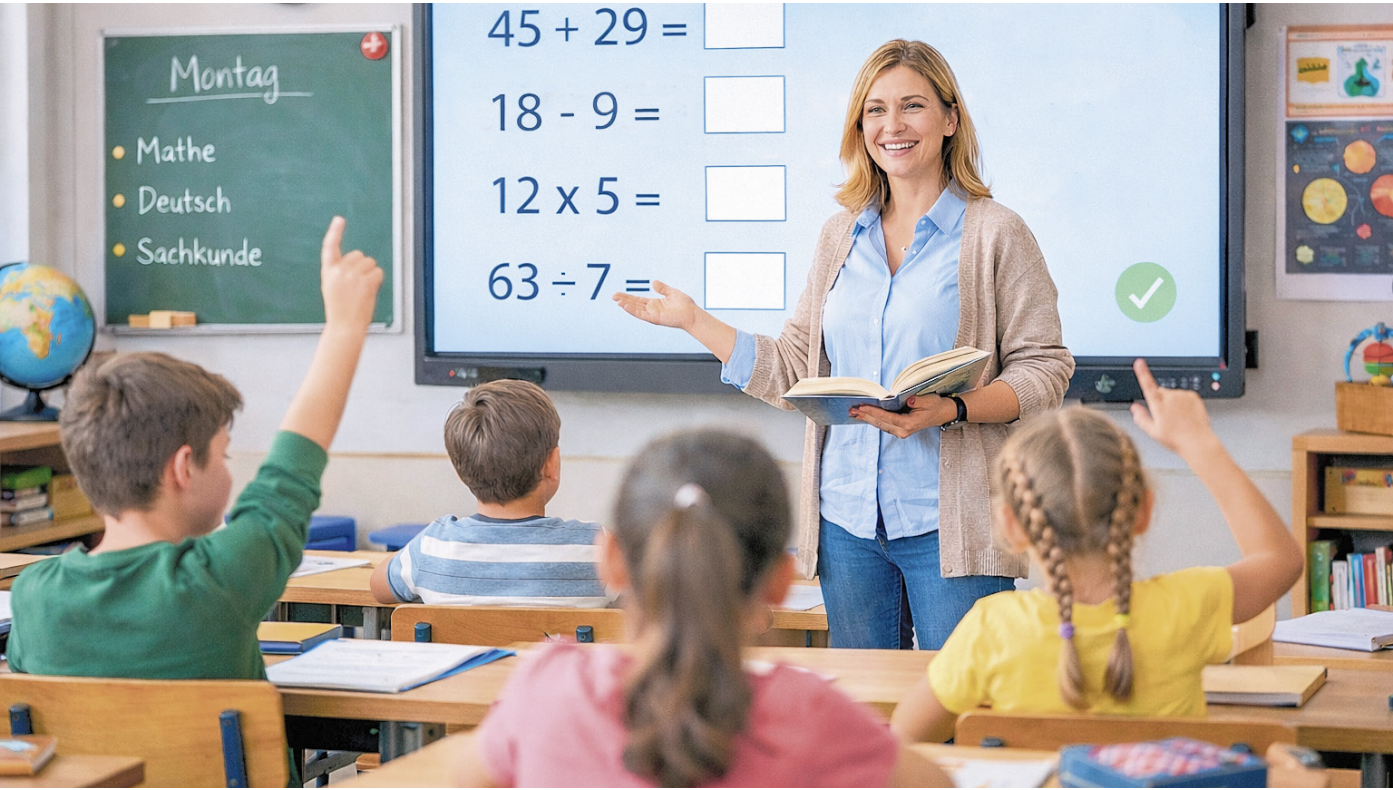
Berlin verzeichnet im Bildungsbereich spürbare Fortschritte, nicht zuletzt aufgrund politischer Maßnahmen, die maßgeblich von der CDU-Fraktion Berlin getragen und vorangetrieben wurden. In den vergangenen Jahren gelang es, zentrale Herausforderungen wie die Lehrkräfteversorgung anzugehen, die Ergebnisse im Bildungsranking zu verbessern und wichtige gesetzliche Reformen umzusetzen.

Lehrermangel geht zurück – Unterricht wird verlässlicher

Zum Schulanfang 2025 konnte CDU-Bildungssenatorin Günther-Wünsch auf eine deutliche Entlastung im Lehrbetrieb verweisen. Der lang-jährige Engpass bei Lehrkräften, der viele Schulen belastete und Unterrichtsausfall zur Folge hatte, wurde nachhaltig reduziert. Durch verstärkte Einstellungsprogramme, attraktive Arbeitsbedingungen und zielgerichtete Personalgewinnung konnte die Zahl der unbesetzten Lehrerstellen drastisch reduziert werden. Nur noch 207 Lehrkräftestellen waren zum Stichtag am 1. November 2025 nicht besetzt. Im Schuljahr 2022/23 lag die Zahl von SPD-Vorgängerin Astrid-Sabine Busse noch bei knapp 1000 Stellen.

Berlin im Bildungsranking auf dem Vormarsch

Auch in überregionalen Vergleichsstudien zeigt sich der positive Trend: Berlin hat seine Position in aktuellen Bildungsrankings auf Platz 11 verbessert und Anschluss an andere Bundesländer ge-



Lehrgewinnung erfolgreich: Das rechnet sich für Berlins Schüler Bild: 4o

funden. Insbesondere bei Indikatoren wie Abschlussquoten, Lernfortschritten und Teilhabechancen liegen die Ergebnisse über dem früheren Landesdurchschnitt. Diese Entwicklung spiegelt nicht nur die Anstrengungen von Schulen wider, sondern auch die Wirkung politischer Rahmenbedingungen, die gute Bildung gezielt fördern.

CDU-Fraktion als Reformer für bessere Bildung

Ein zentraler Baustein für die gute Entwicklung war auch die Reform des Berliner Schulgesetzes, welches die Koalition im Abgeordnetenhaus beschlossen hat. Die CDU-Fraktion hatte auf eine verbindlichere Vorschulpflicht, die Lernchancen aller Kinder stärkt sowie auf den

Wir setzen auf Maßnahmen wie die Weiterbildung von Quereinsteigern, den Einsatz von Pensionären und die gezielte Ansprache ausländischer Lehrkräfte.

Katharina Günther-Wünsch
Senatorin für Bildung, Jugend und Familie von Berlin

Abbau bürokratischer Barrieren beim Übergang in weiterführende Schulen und ab dem Schuljahr 2025/2026 auf ein verpflichtendes 11. Schuljahr für Jugendliche ohne Ausbildungs- oder Schulplatz nach der 10. Klasse bestanden. Am Ende mit Erfolg.

Mehr Qualität, mehr Chancen, mehr Verlässlichkeit

Die aktuellen Entwicklungen zeigen: Gute Bildungspolitik

kann einen Unterschied machen. Durch die Initiativen im Schulbereich der CDU-Fraktion Berlin gemeinsam mit Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch (CDU) konnten strukturelle Probleme wie der Lehrermangel entschärft, die schulische Leistung gestärkt und rechtliche Rahmenbedingungen verbessert werden. Diese Fortschritte kommen direkt den Schülern, den Lehrkräften und den Familien zugute.

Weiterbau der A 100 bis Frankfurter Allee

Deutliche Mehrheit der Berliner und Bundesregierung für den weiteren Ausbau

Autobahnen können Stadtstraßen entlasten, Industrie-arbeitsplätze besser anbinden, Staus abbauen. Deshalb unterstützt die CDU-Fraktion Berlin den Weiterbau der A 100 bis zur Frankfurter Allee (17. Bauabschnitt). Auch die CDU-geführte Bundesregierung will diesen Abschnitt „schnellstmöglich umsetzen“, heißt es in der Antwort einer parlamentarischen Anfrage. Wirtschaftsverbände wie die Industrie- und Handelskammer (IHK) drängen auf eine zügige Fortsetzung der Bauarbeiten. „Ohne dieses zentrale Straßenprojekt ist an beruhigende Straßenumbauten in der City nicht zu denken“, heißt es in einer Erklärung. Für die Unterführung des Ostkreuzes seien bereits bauliche Voraussetzungen geschaffen worden.



Eröffnung von Abschnitt 16 der A 100: Bundesverkehrsminister Patrick Schnieder (2. v.l.), Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner Foto: IMAGO/Stefan Zeitz

57 Prozent der Berliner für A 100-Ausbau

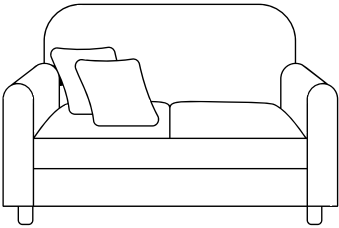
Auch eine deutliche Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner plädiert für die Verlängerung der A 100: In einer repräsentativen Civey-Umfrage sprachen sich im September letzten Jahres 57 Prozent dafür aus. Aktuell endet die Schnellstraße mit Vollendung des 16. Bauabschnitts an der Elsenbrücke. Das Nadelöhr wird zeitnah entschärft: eine 2+2 Verkehrsführung wird eingerichtet, wobei zwei Fahrstreifen über die beiden Behelfsbrücken und zwei Fahrstreifen über das neue nordwestliche Teilbauwerk geführt werden. Für Fuß- und Radverkehr stehen zusätzliche Streifen zur Verfügung.

So wohnt Berlin

Zielstrebig zu mehr Wohnraum – lebenswert und bezahlbar: Zahlen und Fakten zum Berliner Mietmarkt

Eine der brennendsten sozialen Fragen ist die Sicherung von bezahlbarem Wohnraum in unserer wachsenden Hauptstadt. Als Folgen von zu wenig Wohnungsneubau zur Regierungszeit der Linken und Stadtentwicklungssenatoren der Linkspartei blieb der Berliner Wohnungsmarkt weiterhin angespannt. Die CDU-Fraktion setzt in der Koalition auf einen breiten Mix: Wohnraum durch Neubau von privaten und landeseigenen Unternehmen sowie Genossenschaften und gezielte Eigentumsförderung, denn Enteignung schafft

keine einzige neue Wohnung. Es geht darum, wieder Ordnung auf dem Wohnungsmarkt und faire Bedingungen für Mieter und Eigentümer herzustellen und um Bürokratieabbau, Planungsbeschleunigung und Digitalisierung.



Neuer WBS 220

Mit einem Wohnberechtigungsschein (WBS) bestätigt das Land Berlin: Dieser Haushalt darf eine günstige Sozialwohnung mieten, deren Bau gefördert wurde. WBS 140, 160, 180 und 220 unterscheiden sich abhängig vom Haushaltseinkommen. Beim neuen WBS 220 liegt die Grenze für z.B. zwei Erwachsene mit einem Kind bei 49.720€. WBS 220 berechtigt damit einen breiteren Kreis (ca. 60 % der Haushalte) zum Mieten bestimmter geförderter Wohnungen.

Kommunale Wohnungsunternehmen

Sechs Landeseigene Wohnungsbau-gesellschaften (LWU), deren Eigentümer und Gesellschafter das Land Berlin ist, bewirtschaften mit der Erfahrung von bis zu 125 Jahren fast jede vierte Mietwohnung (rund 375.000¹) in Berlin. Sie errichten rund 80 % des geförderten Wohnraums. Sie stehen für soziale Verantwortung, guten und bezahlbaren Wohnraum, kontinuierlichen Wohnungsneubau, starke Quartiere, sozialen Zusammenhalt und eine

nachhaltige Entwicklung. Die LWU vermieten verpflichtend 63 % aller freiwerdenden Wohnungen an Haushalte mit Wohnberechtigungsschein. Eine Kooperationsvereinbarung der LWU mit dem Land Berlin gilt auch für die klassischen Mietwohnungen im Eigenbestand der Berlinovo. Die LWU bilden mit Privatunternehmen, Privatpersonen und Genossenschaften die Berliner Mischung der Vermieter.

¹Anzahl an Wohnungen (LWU + Berlinovo)

degewo	82.000
GESOBAU	48.700
Gewobag	75.000
HOWOGE	82.150
STADT UND LAND	53.300
WBM	34.000
Berlinovo*	29.800

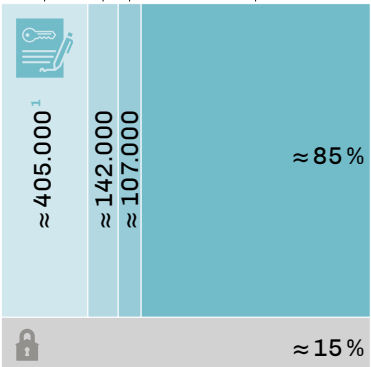
* Eigenbestand klassischer Mietwohnungen der Berlinovo, für die auch eine Kooperationsvereinbarung der LWU gilt

Stand: Ende 2025 |
Quellen: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, www.inberlinwohnen.de, Webseiten aller sechs LWU, Wohnungsbaugenossenschaften Berlin, 168. Wohnungsmarktbericht 2024, Abgeordnetenhaus von Berlin | Icons: „Sofa“ von Arfan Haq, „Sonnenschirm“ von InYoung Park, „Stoppuhr“ von Gregor Cresnan, „Mietvertrag“ von Soekahurip, „Blumen“ von Ardhan Rama, „Baukran“ von KUSNIYAH, „Geld“ von Ianaa, „Schlüssel“ von Muhammad Nur Aulady Pamungkas; alle von thenounproject.com

Schneller-Bauen-Gesetz

Das Ende 2024 beschlossene Gesetz der CDU-geführten Koalition beschleunigt und vereinfacht Planungs- und Genehmigungsverfahren durch klare Zuständigkeiten und digitale Prozesse. Für größere Bauvorhaben bündeln Bauantragskonferenzen frühzeitig alle relevanten Behörden mit dem Antragsteller, um Unklares schnell zu klären. Außerdem wurden Leitfäden vereinheitlicht und Verfahren digitalisiert.

≈ 1.726.000 Mietwohnungen

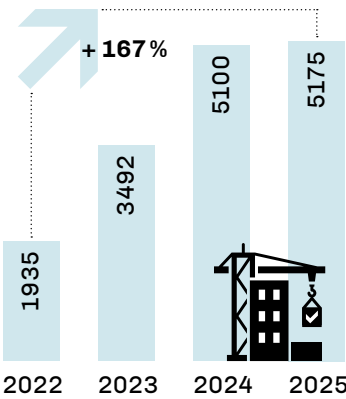


Gesamt: ≈ 2.030.000 Wohnungen

Berliner Wohnungsbestand

- LWU + Berlinovo
- Deutsche Wohnen bzw. Vonovia, das private Wohnungsunternehmen mit den meisten Wohnungen in Berlin
- Wohnungsbaugenossenschaften Berlin, Zusammenschluss von 31 Unternehmen
- private Kleinvermieter, diverse private Wohnungsunternehmen, Private-Equity-Investoren
- in Eigennutzung/nicht vermietet

Genehmigungen von Sozialwohnungen



Soziale Wohnraumförderung auf Rekordniveau

Die CDU-geführte Koalition setzt neue Maßstäbe und erweitert die Wohnungsbauförderung. Damit sichert sie, dass jährlich tausende neue Sozialwohnungen entstehen können: 2024 und 2025 jeweils bereits über 5000. 2026 und 2027 wird mit 1,5 beziehungsweise 1,8 Milliarden Euro ein Rekordniveau erreicht. Das sind jeweils rund 1 Milliarde Euro mehr als im letzten Doppelhaushalt vorgesehen

und ein Vielfaches der Mittel aus dem Jahr 2024. Zentraler Baustein ist der Wohnraumförderfonds Berlin (SWB) in den über 750 Millionen Euro allein aus dem Bundes-Sondervermögen fließen. Bauherren erhalten die aufgestockten staatlichen Fördergelder unter der Bedingung, dass sie neuen Wohnraum zu einer Miete zwischen 6 Euro bis 11,50 Euro je Quadratmeter schaffen. Die Sozialbindung ist auf 30 Jahre begrenzt.

Mietpreisprüfstelle

Mietförderungen können kostenlos auf Verstöße gegen den gesetzlichen Rahmen der Mietpreiskontrolle geprüft werden – eine langjährige Forderung der CDU-Fraktion. Die ortsübliche Vergleichsmiete, siehe Mietspiegel, darf nur um höchstens 10 % überschritten sein, sonst liegt ein Verstoß vor. Zuständig für die Verfolgung sind die bezirklichen Wohnungsämter. Gegen illegalen Mietwucher wird es ab diesem Jahr in jedem Bezirk Miet-Sheriffs geben.

Mietkosten pro Quadratmeter

6,39 €/m²

Druckschnittliche Nettokaltmiete der landeseigenen Wohnungsunternehmen (2024)

7,21 €/m²

ortsübliche Vergleichsmiete nettokalt in Berlin laut qualifiziertem Mietspiegel 2024

15,74 €/m²

Angebotsmiete (Median) nettokalt auf dem freien Berliner Wohnungsmarkt (2024)

Friedlicheres Silvester – Berlin auf dem richtigen Weg

Weniger Brände, weniger verletzte Polizisten, Böllerverbotzonen erfolgreich

Silvester in Berlin, das war in rot-grün-roten Regierungszeiten ein stark zunehmendes Gewaltproblem. Der Jahreswechsel 2025/26 war zwar nicht völlig gewaltfrei, insgesamt aber erneut friedlicher als im Vorjahr und erst recht als der Jahreswechsel 2022/23.

14 Personen in Unterbindungsgewahrsam

Die Berliner Feuerwehr meldete rund 200 weniger Brände, die Polizei etwas weniger verletzte Einsatzkräfte, die Beschränkungen in den vier Böllerverbotzonen wurden weitgehend eingehalten.

Es wurde knallhart durchgegriffen: 430 Personen wurden festgenommen, 14 kamen in Unterbindungsgewahrsam, damit sie nicht weitere Straftaten begehen. Es gab rund 800 Ermittlungsverfahren wegen Verstöße gegen das Waffen- und das Sprengstoffgesetz.

220.000 Knallkörper eingezogen

Mit Razzien und Beschlagnahmungen gingen Polizeikräfte

109.000
Stück illegales Feuerwerk konnten beschlagnahmt werden

erfolgreich gegen den verdeckten Pyro-Markt vor: 220.000 Stück Pyrotechnik konnten aus dem Verkehr gezogen werden, darunter 109.000 Stück illegales Feuerwerk. Auf diese Weise konnten jede Menge brandgefährliche Explosionen verhindert werden.

Die Silvester-Bilanz zeigt: Berlin ist auf dem richtigen Weg, friedlichere Silvesterfeiern sind gewünscht und mit guten Willen machbar. Denn die allermeisten Berlinerinnen und Berliner wollen friedlich den Jahreswechsel feiern und auch mal im begrenzten Umfang feuerwerken.



Lächeln und Daumen hoch für ein Erinnerungsfoto mit der Feuerwehr, die in der Silvesternacht deutlich weniger Brände löschen musste Foto: IMAGO/Seeliger

Ein kleiner Pieks mit großer Wirkung

Höhere HPV-Impfquote soll langfristig Krebserkrankungen verhindern

Die HPV-Impfquote in Berlin bleibt deutlich hinter medizinischen Empfehlungen zurück und das, obwohl die Impfung als hochwirksam gilt, um spätere Krebserkrankungen zu verhindern. Eine neue Initiative der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus soll das nun ändern.

Zahlen, die alarmieren

Laut des Barmer-Arzneimittelreports 2024 sind in Berlin 39,8 Prozent der Mädchen und sogar 73,3 Prozent der Jungen bis 13 Jahren nicht vollständig gegen HPV geimpft. Damit liegt die Hauptstadt leicht unter dem bundesweiten Durchschnitt – und weit von einem ausreichenden Schutz der Bevölkerung entfernt.

Das Problem ist kein harmloses: Bundesweit erkranken jedes Jahr 6250 Frauen und 1600 Männer an HPV-induzierten Karzinomen. Wissenschaftliche Studien aus Schweden und Großbritannien zeigen, dass eine Impfung vor dem 17. Lebensjahr das Krebsrisiko drastisch reduziert.

Eltern wissen oft zu wenig

Die CDU-Fraktion empfiehlt, dass Informationen zur HPV-Impfung in Berlin systema-

73,3 %
der Jungen bis 13 Jahren sind in Berlin nicht vollständig gegen HPV geimpft



Tapfere Patientin: Mit der HPV-Impfung ist sie gut geschützt Foto: IMAGO/HalfPoint Images

tisch weitergegeben werden. Eltern seien häufig unsicher oder gingen davon aus, dass die Impfung „auch später“ erfolgen könne – ein Eindruck, der laut einer deutschen Studie von 46 Prozent der befragten Eltern geteilt wird.

Hinzu kommt: Obwohl die Impfung zwischen 9 und 15 Jahren empfohlen wird, wird sie bei den Vorsorgeuntersuchungen U11 und J1 oft nicht ausreichend thematisiert.

HPV-Impfberatungs- und Einladungssystem

Die CDU-Fraktion will das ändern. Im Zentrum des Antrags steht die Forderung nach einem verbindlichen HPV-Impfberatungs- und Einladungssystem, vergleichbar mit Modellen in anderen Bundesländern, die bereits Erfolge erzielen.

Erfolgreicher Impfschutz

Am Ende geht es um einen einfachen Zusammenhang: Je früher geimpft wird, desto besser ist der Schutz. Damit diese Chance in Berlin nicht länger vom Zufall abhängt, sollen klare Strukturen geschaffen werden. Mehr Information, mehr Verbindlichkeit – und damit mehr Gesundheit für eine ganze Generation. Das tut Berlin gut.



Wohnraum schaffen in Weißensee

48 neue Wohnungen in der Liebermannstraße

Ende Januar 2026 wurde in der Liebermannstraße das Richtfest für die wvm Gruppe Berlin für ein neues Wohnprojekt gefeiert. Dort entstehen 48 neue Wohneinheiten, die in teils serieller Bauweise errichtet werden. Die Fertigstellung ist für Ende des kommenden Jahres geplant. Dieses Projekt steht nicht für sich allein, sondern ist beispielhaft für die Wohnungspolitik der CDU in Berlin: Neubau ermöglichen, voranbringen und so den Wohnungsmarkt spürbar entlasten – mit dem Ziel, bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen und Mietwucher effektiv zu bekämpfen sowie den grauen Markt, die illegalen Vorgehensweisen beim möblierten Wohnen, zu verhindern.

Seit der Übernahme der Regierungsverantwortung hat sich die CDU/SPD Koalition vorgenommen, jährlich bis zu 20.000 neue Wohnungen zu ermöglichen, darunter rund 5000 Sozialwohnungen. Um dieses ambitionierte Ziel zu erreichen, wurden Baugenehmigungs- und Planungsverfahren konsequent beschleunigt. Ein zentrales Instrument ist dabei das sogenannte Schneller-Bauen-Gesetz, mit dem Genehmigungszeiten verkürzt und bürokratische Hürden abgebaut wurden, ebenso wie die Entrümpelung der Landesbauordnung und die Neugestaltung der Förderrahmenbedingungen für den sozialen Wohnungsbau.

Diese Politik zeigt Wirkung, aber wir sind erst am Anfang des Weges. Viele Jahre wurde viel zu wenig gebaut, die Baukosten stiegen immer weiter. Normale Menschen können sich die Mieten im Neubau nicht mehr leisten. Im bundesweiten Vergleich konnten in Berlin zwischen 2022 und 2025 zwar rund 64.000 neue Wohnungen fertiggestellt werden, natürlich reicht dies aber noch lange nicht.

Schlechte Wohnungspolitik ist, wenn nur sehr reiche und sehr arme Menschen eine Wohnung finden – die einen, weil es ihnen egal ist, was die Miete kostet und die anderen, weil sie Anspruch auf eine Sozialwohnung haben. Um bezahlbaren Wohnraum für unterschiedliche Einkommensgruppen



zu sichern und eine ausgewogene soziale Durchmischung zu fördern, wird gemeinsam mit den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften gezielt Neubau mit Sozialbindung realisiert.

Gleichzeitig werden Förderprogramme passgenauer eingesetzt und weiterentwickelt. Ein wichtiger Baustein ist dabei der erweiterte Wohnberechtigungsschein (WBS 220). Angesichts stark gestiegener Mieten richtet sich dieses Instrument bewusst an Haushalte mit mittlerem Einkommen, die bislang häufig keinen Zugang zu gefördertem Wohnraum hatten. Der WBS 220 trägt dieser veränderten Realität Rechnung.

Neben dem Mietwohnungsbau setzt die CDU auch auf die gezielte Förderung von Wohneigentum. Eigentum schafft Stabilität, dient der Altersvor-

sorge und stärkt die Bindung an den eigenen Kiez. Deshalb setzt sich die CDU dafür ein, Eigentumsbildung auch für Haushalte ohne großes Vermögen zu ermöglichen.

Für Dirk Stettner, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, ist klar: „Radikale wollen Berlinerinnen und Berlinern ihr Eigentum wegnehmen. Sie wollen enteignen und behaupten, dies würde zu mehr Wohnungen führen. Das ist natürlich Unsinn. Wir müssen so bauen, dass wir nicht die Innenhöfe zustellen und dass arbeitende Menschen sich die Wohnungen leisten können. Das erreichen wir über industriell vorgefertigte Bauten. Für solchen bezahlbaren Neubau und die Bekämpfung der schwarzen Schafe mit Wuchermieten setze ich mich entschieden ein.“

Richtfest für 48 Eigentumswohnungen der wvm Gruppe Berlin

Foto: Büro Dirk Stettner



Liebe Berlinerinnen und Berliner,

das Jahr hat leider mit einem links-extremistischen Terroranschlag im Südwesten unserer Stadt begonnen. Jederzeit könnten diese Terroristen überall in Berlin zuschlagen. Senat und Abgeordnetenhaus arbeiten mit Hochdruck daran, noch besser vorbereitet zu sein. Wir fragen uns sicherlich alle, wie diese Kriminellen solchen Schaden anrichten können. Warum sind wir nicht besser vorbereitet? Können wir das nicht verhindern? Ehrliche Antwort: Nein. Wir leben in einer freien Gesellschaft. Unsere Demokratie ist angreifbar. Die Bewältigung der Folgen des letzten Anschlags hat gut funktioniert. Herzlichen Dank an alle Helfer, die Hilfsorganisationen, die Feuerwehr, die Bundeswehr, das Technische Hilfswerk, die Polizei sowie alle, die sofort und mit größtem Engagement mitgeholfen haben.

Wir haben sofort nachdem die Krise für die Menschen vor Ort im Griff war eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich sehr kurz getaktet mit den Leitungsträgern, der Blaulichtfamilie, den Hilfsorganisationen sowie allen Strukturen, die zu beteiligen sind, getroffen. Noch vor der Sommerpause werden wir die notwendigen Maßnahmen zum besseren Schutz von uns allen umsetzen.

Ich bedauere, Sie mit diesem ersten Thema zu Beginn belasten zu müssen – verschweigen hilft aber hier nur den Terroristen.

Herzlichst,

Dirk Stettner

Ihr Abgeordneter für
Weißensee, Blankenburg und
Stadtrandsiedlung Malchow

Neupflanzungen auf der Roelckestraße

Fünf neue Straßenbäume für mehr Aufenthaltsqualität

Auf der Roelckestraße werden in Kürze fünf neue Straßenbäume gepflanzt. Vier der Bäume entstehen auf Höhe der Hausnummer 142, ein weiterer auf Höhe der Nummer 151. Finanziert werden die Pflanzungen aus Sondermitteln des Bezirks und werden von unserer stellvertretenden Bürgermeisterin Manuela Anders-Granitzki gezielt dort umgesetzt, wo sie den Straßenraum nachhaltig aufwerten.

Im Mittelpunkt steht dabei nicht nur die Anzahl, sondern vor allem die Qualität der neuen Standorte. Gepflanzt werden robuste, klimaangepasste Baumarten, die langfristig mit Hitze, Trockenheit und verdichteten Böden zurechtkommen. Ziel ist es,



Neupflanzungen auf der Roelckestraße

Foto: Büro Dirk Stettner

den öffentlichen Baumbestand dauerhaft zu stärken und einen spürbaren Beitrag zur Verbesserung des Stadtklimas zu leisten.

Um optimale Wachstumsbedingungen zu schaffen, werden die Standorte umfassend vorbereitet. Dazu gehören vergrößerte, zukunftsfähig angelegte Baumscheiben, eine gezielte Bodenaufbereitung sowie eine fachgerechte und nachhaltige Ausführung der Pflanzarbeiten. So werden die Voraussetzungen für gesundes Wachstum und eine lange Lebensdauer der Bäume geschaffen.

Wir wollen Weißensee immer schöner machen – jeder Straßenbaum leistet einen wichtigen Beitrag.



Dialog-Display auf der Ornitstraße

Wir wollen die Anwohner schützen, wo immer es möglich ist. Mit der Installation eines Dialog-Displays in der Ornitstraße wird eine weitere gezielte Maßnahme zur Verkehrsberuhigung in der Stadtrandsiedlung Malchow umgesetzt. Die Siedlung ist seit Jahren immer wieder vom Durchgangsverkehr betroffen, was insbesondere für Anwohnerinnen und Anwohner, Kinder sowie ältere Menschen zu unübersichtlichen und teils brenzligen Verkehrssituationen führt.

Bereits im vergangenen Jahr hatte sich Dirk Stettner gemeinsam mit der Siedlergemeinschaft Stadtrandsiedlung Malchow e.V. erfolgreich für erste verkehrsberuhigende Maßnahmen eingesetzt. Dazu gehörten unter anderem ein Piktogramm auf der Fahrbahn, das deutlich auf das geltende Tempolimit von 30 km/h hinweist sowie die Versetzung von Verkehrszeichen im Kreuzungsbereich, um die bestehende Rechts-vor-links-Regelung klarer und besser sichtbar zu machen. Diese Maßnahmen haben bereits zu mehr Aufmerksamkeit und einer verbesserten Orientierung im Straßenraum beigetragen.

Das nun ergänzend installierte Dialog-Display verstärkt diesen Ansatz wirkungsvoll. Es macht die Geschwindigkeitsbegrenzung unmittelbar sichtbar, spricht Verkehrsteilnehmer direkt an und sensibilisiert für angepasstes Fahrverhalten. Damit wird die Verkehrssicherheit weiter erhöht – und für zu schnelle Fahrerinnen und Fahrer bleibt künftig kaum noch Spielraum für Ausreden.



Foto: Büro Dirk Stettner

Umfrage zu Ihrer Wohngegend

Welche Probleme, Sorgen oder Anliegen beschäftigen Sie in Ihrer Wohngegend? Was können wir zusammen tun, um es bei uns immer schöner zu machen?

Nehmen Sie sich bitte zwei Minuten Zeit und helfen Sie dabei, konkrete Verbesserungen anzustoßen:



Im nächsten Schritt informiere ich Sie über die Rückmeldungen und im dritten Schritt folgend die Resultate.

Schulwegsicherung auf der Rennbahnstraße

Zwei neue Dialogdisplays sorgen für mehr Sicherheit

Fließenden Verkehr brauchen wir, aber wir alle müssen auf die Sicherheit gerade unserer Kinder achten. Auf Initiative der CDU in der Bezirksverordnetenversammlung wurden auf der Rennbahnstraße zwei Dialog-Displays installiert. Die Geräte befinden sich auf Höhe der 49. Grundschule und leisten einen wichtigen Beitrag zur Schulwegsicherung. Sie messen die gefahrene Geschwindigkeit und reagieren unmittelbar: Verkehrsteilnehmer, die sich an das geltende Tempolimit halten, werden mit einem freundlichen „Danke“ belohnt, während zu schnelles Fahren deutlich angezeigt wird. So wird Aufmerksamkeit geschaffen und das Fahrverhalten direkt beeinflusst.

Die Dialog-Displays sind solarbetrieben und kommen ohne direkten Stromanschluss aus. Dadurch ist ein dauerhafter Betrieb unabhängig von bestehender Infrastruktur möglich. Aufwendige Tiefbauarbeiten oder zusätzliche Verkabelungen waren nicht erforderlich. Gleichzeitig bieten die Anlagen ein hohes Maß an Flexibilität: Sie können bei Bedarf versetzt oder durch weitere Geräte ergänzt werden und sind damit sowohl kostensparend als auch nachhaltig einsetzbar.



Dialogdisplays vor der 49. Grundschule
Foto: Büro Dirk Stettner

Die neuen Displays sind Teil eines umfassenderen Maßnahmenpakets zur Erhöhung der Verkehrssicherheit auf der Rennbahnstraße. Das bestehende Tempolimit von 30 km/h – gültig bis zur Gustav-Adolf-Straße – wurde deutlich sichtbar kenntlich gemacht. Darüber hinaus wurden die Grünphasen der Fußgängerampeln während der Schulzeiten verlängert, um Kindern und Begleitpersonen eine si-

chere Querung der Straße zu ermöglichen. Ein weiterer wichtiger Baustein ist die geplante Querungshilfe an der Kreuzung Rennbahnstraße/Zur Ringallee. Dazu erklärt die CDU-Bezirksstadträtin für Ordnung und Öffentlichen Raum, Manuela Anders-Granitzki: „Besonders an so stark befahrenen Straßen wie der Rennbahnstraße ist der Bedarf an wirksamen Maßnahmen hoch.

Wir arbeiten mit Hochdruck daran, dass die Querungshilfe zeitnah umgesetzt werden kann.“

Parallel dazu prüft das Bezirksamt weitere Standorte in Weißensee, an denen der Einsatz von Dialog-Displays sinnvoll ist. Wenn Sie einen konkreten Ort kennen, an dem häufig zu schnell gefahren wird oder Kinder besonders gefährdet sind, schreiben Sie uns gern an info@dirk-stettner.de.

Langfristige Sicherheit für Blankenburger Anlagen

Kündigungsschutz bis 2045

Die Erholungsanlage Blankenburg bleibt erhalten – ein Versprechen, das gegeben und nun auch eingelöst wurde. Mit diesem klaren Ziel ist Dirk Stettner angetreten und hat sich seit der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die CDU konsequent für dessen Umsetzung eingesetzt. Nun gibt es gute Nachrichten für alle Nutzerinnen und Nutzer der Erholungsanlage Blankenburg: Das Bezirksamt Pankow hat zugesagt, bis zum 1. Januar 2045 keine ordentlichen Kündigungen der bestehenden Miet-, Pacht- und Nutzungsverträge vorzunehmen.

Damit sind die Anlagen langfristig gesichert. Die Menschen vor Ort können



Erholungsanlage Blankenburg bleibt bestehen
Foto: Büro Dirk Stettner

sich darauf verlassen, dass ihre Vereine, ihr ehrenamtliches Engagement sowie die gewachsenen Freizeit- und Erholungsangebote auch in Zukunft Bestand haben. Gerade für die vielen Aktiven, die sich seit Jahren mit großem Einsatz für das Gemeinschaftsleben engagieren, schafft diese Entscheidung endlich die notwendige Planungssicherheit.

In den vergangenen Monaten haben Dirk Stettner und der zuständige Bezirksstadtrat Jörn Pasternack intensiv daran gearbeitet, bestehende Unsicherheiten auszuräumen und eine klare, verlässliche Perspektive für Anwohnerinnen und Anwohner sowie für Pächterinnen und Pächter

zu schaffen. Der nun gefasste Beschluss ist das Ergebnis dieses kontinuierlichen Einsatzes und zahlreicher Gespräche.

Von der Regelung profitieren auch die Erholungsanlagen Einigkeit, Gravenstein und Idehorst. Alle Nutzerinnen und Nutzer werden zusätzlich persönlich über die Anpassungen ihrer jeweiligen Verträge informiert. So wird Transparenz geschaffen und eine verlässliche Grundlage für Planung und Engagement in den kommenden Jahren gelegt.

Haben Sie Themen in Weißensee, Blankenburg und Stadtrandsiedlung Malchow? Ihr Abgeordneter Dirk Stettner ist für Sie da!

HIER FINDEN SIE ANTWORTEN UND HILFE

Bürgerbüro von Dirk Stettner
Pistoriusplatz 21, 13086 Berlin-Weißensee

☎ (030) 220 4444 90
✉ info@dirk-stettner.de
🌐 www.dirk-stettner.de

Moderne Infrastruktur für Lehre und Forschung: Erweiterungsbau der Alice-Salomon-Hochschule fertig

1700 Studentinnen und Studenten sowie 100 Beschäftigte profitieren

Im Januar war es geschafft, am Kokoschkaplatz in Marzahn-Hellersdorf wurde der neue Ergänzungsneubau der Alice-Salomon-Hochschule Berlin (ASH) feierlich eröffnet. Der Erweiterungsbau ergänzt den bestehenden Campus um moderne Lehr-, Lern- und Arbeitsräume und schafft optimale Bedingungen für bis zu 1700 Studentinnen und Studenten sowie rund 100 Beschäftigte.

ASH wichtiger Hochschulstandort

Das mehr als 48 Millionen Euro schwere Bauprojekt wurde durch Haushaltsüberschüsse des Programms „Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA)“ sowie über den Hochschulpakt realisiert und entstand in drei parallel umgesetzten Bauabschnitten. Der Neubau bietet vielfältige Seminarräume, moderne Skills-Labs, Bewegungs- und Therapieräume, inklusive Gemeinschaftsflächen, und zeigt die Bedeutung der ASH als



Moderner Hochschulneubau in Marzahn-Hellersdorf Foto: CDU-Fraktion/Patrick Liesener

Zentrum für Soziale Arbeit, Gesundheit, Erziehung und Bildung.

Osten der Stadt profitiert

Die CDU-Fraktion Berlin begrüßt die Fertigstellung. Für die Christdemokraten unterstreicht der Neubau die Bedeutung eines starken Hochschulstandorts Berlin, gerade auch im Osten der Stadt. Moderne Infrastruktur sei ent-

Mehr als



48 Mio. €



wurden in den Ergänzungsneubau der Alice-Salomon-Hochschule investiert

scheidend, um Studenten bestmöglich auszubilden, Forschung zu stärken und Berlin als Bildungs- und Wissenschaftsstandort im nationalen Wettbewerb zu positionieren.

140 Millionen Euro für Wissenschaftsbauten

Bereits letztes Jahr machte die CDU-geführte Koalition deutlich, dass sie auch künftig konsequent in den Hochschul- und Wissenschaftsstandort Berlin investieren will. Allein 2025 hat das Land Berlin rund 140 Millionen Euro in Wissenschaftsbauten investiert. Dieser Weg soll fortgesetzt werden, um Berlins Hochschulen langfristig wettbewerbsfähig zu halten, Fachkräfte auszubilden und Innovation in der Stadt zu sichern.

Insgesamt markiert die Fertigstellung des Gebäudes einen weiteren Meilenstein für die Bildungscampusentwicklung und festigt die Rolle der Alice-Salomon-Hochschule als wichtigen Akteur in der Berliner Hochschullandschaft.

Berlin sichert DFB-Pokalfinale bis 2030

Das DFB-Pokalfinale bleibt bis mindestens 2030 im Berliner Olympiastadion. Das Land Berlin und der Deutsche Fußball-Bund haben dafür einen neuen Rahmenvertrag unterzeichnet. Damit bleibt eines der bedeutendsten Sportereignisse Deutschlands dauerhaft in der Hauptstadt. Das Finale wird bereits seit 1985 ohne Unterbrechung in Berlin ausgetragen und gilt als wichtiges sportliches Aushängeschild der Stadt.

Die CDU-Fraktion Berlin hatte sich bereits bei ihrer Klausurtagung 2024 für eine Verlängerung des Vertrages mit dem DFB ausgesprochen und sieht diese Entscheidung als wichtigen Erfolg für den Sport- und Veranstaltungsstandort Berlin.



Pokalfinale bleibt Berliner Foto: IMAGO/Noah Wedel





QR-Code scannen oder unter:
www.klartext-berlin.de

Jetzt auch DIGITAL lesen, was euch nützt!

Aktuelles aus der Stadt,
eurem Kiez & unserem
Berliner Parlament.

klartext

von **Dirk Stettner** – Vorsitzender der CDU-Fraktion Berlin

Angeblich sprechen Politiker
nicht gerne über Belastungen.

Das ist weder ein Thema noch die Zeit für Wahlkampfgetöse. Wer Gewalt nicht klar benennt, verharmlost sie – und



Währenddessen hat Berlin bewiesen, was funktionierender Staat bedeutet. Mehr als 13.000 Einsatzkräfte von Feuerwehr, Polizei, Technischem Hilfswerk, Hilfsorganisationen, Bundeswehr und Stromnetz Berlin arbeiteten rund um die Uhr. Die Versorgungssicherheit konnte schneller als angekündigt wiederhergestellt werden. Solidarität, Nachbarschaftshilfe und Einsatzbe-

Berlin braucht jetzt Entschlossenheit, Verantwortung und einen klaren Kampf gegen jede Form von Extremis-

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----

Die **Auflösung** finden Sie auf der letzten Seite.

Auf die Plätze, fertig, los! – „Berlin gewinnt (mit) Olympia“

Warum die Spiele vor allem für die junge Generation von so großer Bedeutung sind

Berlin hat seine Olympia-Kampagne offiziell vorgestellt: Sport, Zukunft und Berlin gehören zusammen. Die Hauptstadt tritt nicht nur selbstbewusst auf, sie zeigt mit klaren Botschaften, wie sie die Spiele anders denkt: nachhaltig, urban und mit Blick auf die nächste Generation.

Olympiasieger unterstützen die Bewerbung Berlins

Bei der Präsentation standen deshalb nicht nur Vertreter des Senats und der Regierende Bürgermeister Kai Wegner auf der Bühne, sondern auch die Sport-Botschafter Svenja Brunckhorst, Olympiasiegerin im 3x3-Basketball und Ronald Rauhe, zweifacher Olympiasieger im Kanu. Sie geben der Kampagne ein starkes Gesicht und verkörpern, wofür Berlin stehen will: Teamgeist, Leidenschaft und Vorbildfunktion.

Kinder und Jugendliche sind die Athleten von morgen

Ein zentraler Schwerpunkt der Berliner Bewerbung ist dabei der Jugend- und Brei-



tensport. Die Kinder und Jugendlichen von heute werden 2036 bzw. 2040 die Athletinnen und Athleten sein, die in Berlin um olympische Medaillen kämpfen. Die Bewerbung setzt genau hier an und macht deutlich, dass Olympia Motivation schafft, Talente fördert und junge Menschen für Sport, Bewegung und Gemeinschaft begeistert. Berlin würde damit nicht nur Gastgeber sein, sondern auch

Jubel und Freude bei der Präsentation von Berlins Olympiabewerbung mit dem Regierenden Kai Wegner

Foto: CDU-Fraktion/ Patrick Liesener

Sprungbrett für die Sportlerinnen und Sportler von morgen.

Berlin würde Austragung der Spiele gut tun

Die CDU-Fraktion Berlin unterstützt die Olympia-Initiative ausdrücklich. Sie sieht in der Bewerbung eine große Chance für den Sportstandort Berlin, für nachhaltige Investitionen in Infrastruktur und

vor allem dafür, Sport und Bewegung zur festen Größe im Berliner Alltag aller Generationen zu machen.

Darüber hinaus würde Berlin von der Austragung der Olympischen Spiele durch Investitionen in Sportstätten, Verkehr und Stadtentwicklung profitieren. Über 90 Prozent der Sportflächen bzw. Sportstätten sind schon vorhanden. Viele dieser Anlagen müssten nur saniert, modernisiert oder für die Wettbewerbsnutzung vorbereitet, statt komplett neu gebaut zu werden. Gleichzeitig entstehen neue Impulse für Wirtschaft, Tourismus und Arbeitsplätze.

Olympia wäre damit nicht nur ein internationales Sportereignis, sondern ein langfristiger Gewinn für ganz Berlin.

Über
90 %
der Sportstätten sind schon vorhanden

Schule nach Margot Friedländer benannt

Das Hans-Carossa-Gymnasium in Kladow wird in diesem Sommer nach Berlins Ehrenbürgerin und Holocaust-Überlebender Margot Friedländer benannt. Als Zeitzeugin hatte sie sich besonders in Schulen gegen das Vergessen der Nazi-Verbrechen und für mehr Menschlichkeit engagiert („Seid Menschen!“) und erhielt zahlreiche Ehrungen und Preise.

Im Mai 2026 steht eine weitere besondere Benennung an, das Landesparlament, das Abgeordnetenhaus von Berlin, bekommt dann die neue Adresse am bisherigen Standort: Margot-Friedländer-Platz. Im Mai 2025 war Margot Friedländer im Alter von 103 Jahren gestorben.



Margot Friedländer, Holocaust-Überlebende und Ehrenbürgerin Berlins
Foto: IMAGO/PIC ONE

Vom Termin-Chaos zur funktionierenden Verwaltung

Neues Bürgeramt auch in Treptow-Köpenick eröffnet

Noch vor wenigen Jahren bestimmten frustrierte Schlagzeilen die Tageszeitungen. Überschriften wie „Termin-Horror nicht vorbei“ oder „Bürgerämter im Krisenmodus: Berliner warten im Schnitt fünf Wochen auf einen Termin“ spiegelten eine Verwaltung, die vielerorts an ihre Grenzen gestoßen war.

Heute zeigt sich ein deutlich anderes Bild und das ist kein Zufall.

Selbsttest zeigt: Termine wieder kurzfristig verfügbar

Ein aktueller Selbsttest der klartext-Redaktion zeigt, wie sehr sich die Situation verändert hat. Für die Beantragung eines Personalausweises lassen sich bereits Termine für den nächsten Tag buchen – und das zu unterschiedlichen Uhrzeiten. Verfügbare Termine fanden sich nachmittags am Testtag 5. Februar unter anderem in den Bezirken Marzahn-Hellersdorf, Friedrichshain-Kreuzberg und Reinickendorf sowie in weiteren Teilen der Stadt. Die Bürgerämter in Berlin funktionieren wieder. Diese Entwicklung wird maßgeblich der Arbeit der Senatskanzlei Berlin, des Regierenden Bürgermeisters Kai Wegner sowie

seiner Staatssekretärin Martina Klement zugeschrieben.

Mehr Personal und Digitalisierung bringen spürbare Entlastung

Ein wichtiger Baustein dieser Verbesserung sind strukturelle Maßnahmen, die bereits im Landeshaushalt vorbereitet wurden. Die CDU-Fraktion Berlin hatte dafür gemeinsam mit dem Koalitionspartner zusätzliche Mittel eingeplant, die der Senat zusammen mit den Bezirken umgesetzt hat. Insgesamt wurden rund 100 zusätzliche Stellen in den Bürgerämtern geschaffen. Ein neuer Springerpool sorgt zusätzlich dafür, Personalengpässe flexibel auszugleichen und das Terminangebot zu erweitern.

Auch organisatorisch wurde nachgesteuert: Über einen zentralen Rekrutierungsservice im Landesverwaltungsamt können freie Stellen nun schneller besetzt werden. Parallel dazu schreitet die Digitalisierung der Verwaltungsleistungen spürbar voran.

Neue Bürgeramtsstandorte stärken die Versorgung

Ein weiterer entscheidender Schritt war der Ausbau der

Seit Mitte 2024 eröffneten
3
neue Bürgeramtsstandorte in Berlin

Infrastruktur. Erst am 17. Dezember 2025 wurde ein neuer Bürgeramtsstandort im sanierten Rathaus Köpenick eröffnet. Damit verfügt Treptow-Köpenick nun über einen dauerhaft starken dritten Standort. Gleichzeitig bleibt der bisher angemietete Standort in der Rudower Chaussee bestehen.

Bereits im Juli 2025 ging zudem ein neues Bürgeramt in Hellersdorf an den Start.

Den Auftakt für den Ausbau machte zuvor ein neuer Standort in Spandau im Jahr 2024. Diese neuen Standorte sorgen dafür, dass Bürgerämter räumlich besser erreichbar sind und zusätzliche Termine bereitgestellt werden können.

Viele Anliegen inzwischen auch ohne Termin möglich

Hinzu kommt: Für zahlreiche Verwaltungsleistungen

ist inzwischen gar kein Termin mehr erforderlich. Wer beispielsweise eine Meldebescheinigung oder ein Führungszeugnis benötigt, kann dies mittlerweile häufig spontan erledigen.

Die Bürgerämter zeigen, dass Verwaltung funktionieren kann, wenn konsequent investiert, Personal aufgebaut und Prozesse modernisiert werden.



Ein weiteres Berliner Bürgeramt eröffnete in Treptow-Köpenick
Foto: IMAGO/Funke Foto Services

Aussichtsreich: Neues Leben im ICC in Planung

Konzeptverfahren des CDU-geführten Senats tritt in seine entscheidende Phase

Nach Eröffnung 1979 war es eines der bedeutendsten Kongresszentren weltweit, seit mehr als zehn Jahren liegt es im Dornröschenschlaf. Nach jahrelangem Ringen um die Zukunft soll das ICC nun endlich wachgeküsst werden.

Vorsichtiger Optimismus

Das vor zwei Jahren gestartete Konzeptverfahren des Senats tritt jetzt in die entscheidende Dialogphase. Mit dem verbliebenden Bieterkonsortium, ein Zusammenschluss von Baufirmen, Architekten, Projektentwicklern und Gebäudetechnikern, werde be-

1979
wurde das ICC eröffnet

reits über die künftige Raumnutzung gesprochen, hieß es voller Optimismus aus Teilnehmerkreisen. Die Verhandlungen laufen diskret hinter verschlossenen Türen. Ideen und Konzepte werden von einer Jury bewertet.



Das ICC am Funkturm vor einer neuen Zukunft
Foto: IMAGO/Joko

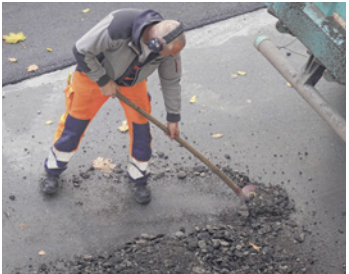
Der Plan: Künftige Betreiber dürfen das ICC im Rahmen eines Vertrages im Erbbaurecht nutzen. Sie müssen es jedoch auf eigene Kosten sanieren. Zur Gegenfinanzierung dürfen sie das angrenzende und seit Jahren ungenutzte Parkhaus und ein Areal am Messedamm abreißen und neu bebauen.

Senat und Parlament müssen zustimmen

In diesem Sommer soll das Gewinnerkonzept stehen. Senat und Abgeordnetenhaus müssen dem dann noch zustimmen.

Berlins Baustellen-Koordinator

Weniger Staus, gemeinsam besser vorankommen: Jörg Seegers ist seit 1. Februar Berlins Baustellen-Beauftragter. Der ehemalige Geschäftsführer der BVG Projekt GmbH, die für den Ausbau der U-Bahnlinie 5 verantwortlich war, hat diese Aufgabe übernommen. Er wird Verwaltungen, Leitungsbetriebe und Bauunternehmen so miteinander koordinieren, dass Bauarbeiten den Verkehr weniger ins Stocken bringen.



Baustellen ja, Staustellen nein
Foto: IMAGO/Berlinfoto

► CDU-FRAKTION FORDERT ZERSCHLAGUNG LINKSEXTREMISTISCHER NETZWERKE

GRÜNE UND LINKE AN DER REALITÄT VORBEI

Für Polizei und Feuerwehr: Bodycams sind Standard

CDU-Fraktion sieht Einführung der Bodycams in Berlin als wichtigen Fortschritt

Berlin rüstet seine Einsatzkräfte technisch auf: Seit dem 29. Dezember 2025 werden Bodycams flächendeckend bei der Polizei Berlin und der Berliner Feuerwehr eingesetzt. Insgesamt wurden rund 3000 Kameras in den Einsatz gebracht – davon 2300 für die Polizei und 700 für die Feuerwehr. Ziel ist es, Einsatzkräfte besser zu schützen, Transparenz zu erhöhen und Straftäter künftig noch zuverlässiger zu dokumentieren. Möglich wurde der flächendeckende Einsatz erst durch eine Änderung des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes, welches die Koalition beschlossen hatte. Die gesetzliche Anpassung schafft die rechtliche Grundlage dafür, dass die Kameras nun regulär im Einsatzalltag genutzt werden können.

Mehr Sicherheit für Einsatzkräfte und Bürger

Bodycams gelten als wirksames Instrument, um Gewalt gegen Einsatzkräfte vorzubeugen. Gleichzeitig sorgen die Kameras für mehr Transparenz bei behördlichem Handeln. Aufzeichnungen können dabei helfen, Einsatzsituationen nachvollziehbar zu dokumentieren und Straftaten Dritter gerichtsfest zu sichern. Gerade bei konfliktgeladenen Situationen im öffentlichen Raum soll der Einsatz der Kameras deeskalierend wirken. Die CDU-Fraktion Berlin begrüßt die flächendeckende Einführung ausdrücklich. Sie sieht in Bodycams einen wichtigen Beitrag zum Schutz der Einsatzkräfte sowie zur Stärkung des Vertrauens in staatliches Handeln.



Endlich! Einsatzkräfte haben Bodycams erhalten
Foto: IMAGO/Berlinfoto

CDU-Fraktion setzte sich früh für Bodycams ein

Die CDU-Fraktion Berlin hatte sich bereits in der Vergangenheit wiederholt für die Einführung und Erweiterung der Bodycam-Nutzung eingesetzt. Auf ihre Initiative hin wurde Ende 2023 ein erstes Reformpaket des Sicherheitsrechts beschlossen. Seitdem können Bodycams nicht nur zum Schutz der Einsatzkräfte, sondern auch zum Schutz unbeteiligter Dritter eingesetzt werden, beispielsweise bei gefährlichen Situationen im öffentlichen Nahverkehr oder bei gewalttätigen Auseinandersetzungen. Mit der flächendeckenden Einführung erreicht Berlin nun eine neue Stufe bei der technischen Ausstattung seiner Sicherheitsbehörden.

✓ **Nicht verpassen!**

Die nächste Ausgabe vom **klartext** erscheint Ende April 2026

Flüchtlingszahlen sinken deutlich, Abschiebungen steigen deutlich

Die Zahl der in Berlin ankommenden Flüchtlinge sinkt deutlich, auch dank der konsequenten Politik der neuen CDU-geführten Bundesregierung. Berlin musste daher im Jahr 2025 etwa 30 Prozent weniger Geflüchtete als im Vorjahr aufnehmen, so lautet die Bilanz, die in die richtige Richtung zeigt.

Hinzu kommt, dass viele Verfahren mit Abschiebung oder Ausreise abgeschlossen werden konnten. Die Zahl der freiwilligen Ausreisen lag in Berlin mit 13.971 Personen auf einem neuen Höchststand seit 2020, bundesweit waren es mehr als 30.000. Und auch bei den Zahlen der Abschiebungen in Berlin wirkt die konsequentere Migrationspolitik deutlich. Berlin hat unter CDU-Führung im Jahr 2025 nach jeweils rechtsstaatlich abgeschlossenen Verfahren so viele Flüchtlinge abgeschoben wie seit 2017 nicht mehr – von 2017 bis 2023 regierte in Berlin eine rot-rot-grüne Koalition. Darunter waren auch 292 Straftäter, die direkt aus der Strafhaft heraus in ihre Herkunftsländer abgeschoben wurden.



Flüchtlinge: Polizei schiebt mehr ab
Foto: IMAGO/STEINSIEK.CH

Auflösung Kreuzworträtsel S.6

TULPENZEIT

IMPRESSUM

klartext
Zeitung zur Stadt Berlin, Ihrem Kiez und dem Berliner Parlament

CDU-Fraktion Berlin
Preußischer Landtag, 10111 Berlin
☎ Telefon: (030) 23 25 21 28
✉ klartext@cdue-fraktion.berlin.de
🌐 www.cdu-fraktion.berlin.de

V.i.S.d.P.: Heiko Melzer
Bildredaktion: Patrick Liesener, Martin Bremer
Editorial Design, Layout, Satz & Produktion: Martin Bremer
Druck: A. Beig Druckerei und Verlag
Verteilung: Deutsche Post AG

Diese Veröffentlichung der CDU-Fraktion Berlin dient ausschließlich der Information und darf nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.